Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

91 (17.4.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. III. 3385.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 91 — **Mittwoch, den 17. April 1935** — **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Im Völkerbundsrat brachte Laval mit einer kurzen Erklärung einen Entschließungsentwurf ein, der das Vorgehen Deutschlands in Sachen der Wehrfreiheit verurteilt und einen Ausschuß des Völkerbundes beauftragt, Maßnahmen für künftige Fälle vorzuschlagen.

*

Im Anschluß daran unterstützten Außenminister Simon und der italienische Delegierte, Baron Aloisi, den Entschließungsantrag.

*

Der polnische Außenminister Beck machte die verschiedenen Bedenken geltend, die gegen den Entwurf sprechen, namentlich gegen den Ostpakt.

*

Im März weist die deutsche Handelsbilanz einen Ausfuhrüberschuß von 12 Millionen RM. (gegen 57 Millonen im Februar) aus.

*

Ueber die kommenden Aufgaben der SA. gab der Chef des Stabes, Lutze, Mitteilungen.

*

Die deutsch-französische Ständige Kommission tagte von 8. bis 15. April in Berlin. Sie hat Einzelheiten des Abkommens über die Verlängerung des Abkommens über den Verrechnungsverkehr festgelegt.

*

Die Polnische Telegraphenagentur gibt eine Erklärung über die Vorgänge in Neustadt (polnisch: Wejherowo) aus. Es heißt darin, daß die Polizei sofort herbeigeeilt sei, aber die an dem Zusammenstoß Beteiligten nicht mehr angetroffen habe.

Die Sammlung „Wehrdank" abgeschlossen

DNB. **Berlin,** 16. April. Aus Anlaß der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sind dem Reichswehrministerium aus allen Volkskreisen Spenden zugegangen, die der Entwicklung der neuen Wehrmacht dienen sollten und unter dem Namen „Wehrdank" zu einer Sammlung zusammengeschlossen wurden.

Generaloberst von Blomberg spricht allen Spendern hiermit seinen Dank aus, bittet jedoch, von weiteren Spenden oder gar Sammelaktionen Abstand zu nehmen, da die Sammlung inzwischen abgeschlossen worden ist.

Zwecklose Bewerbungen

Berlin, 16. April. Täglich gehen im Reichsluftfahrtministerium und den nachgeordneten Dienststellen zahlreiche Bewerbungen um Verwendung in Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen der Luftfahrt ein. Der Bedarf an Personal ist im wesentlichen gedeckt, so daß Verwendungsmöglichkeit nur noch für einen geringen Teil der Bewerber besteht. Weitere Bewerbungen sind zwecklos. Bei der Ueberfülle der bereits vorliegenden Bewerbungen kann erst nach geraumer Zeit und nur im Falle der Verwendung mit einer Antwort gerechnet werden. Gesuche, die innerhalb vier Wochen nicht beantwortet sind, sind als abgelehnt zu betrachten. Rückfragen verzögern nur die Bearbeitung und sind zu vermeiden.

Entgeltzahlung an Heimarbeiter am 1. Mai

Berlin, 16 April. Der Reichs- und preußische Arbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichs- und preußischen Wirtschaftsminister mit:

Der nationale Feiertag des deutschen Volkes soll dem deutschen Arbeiter nach dem Willen der Reichsregierung keinen Lohnausfall bringen. Das Gesetz über die Lohnzahlung am nationalen Feiertag des deutschen Volkes vom 26. April 1934 schreibt daher vor, daß den Arbeitern der regelmäßige Arbeitsverdienst auch für den 1. Mai zu zahlen ist. Auch der deutsche Heimarbeiter soll den nationalen Feiertag feiern können, ohne daß seine Festesfreude durch Entgeltausfall getrübt wird. Es wird daher erwartet, daß alle Auftraggeber, Zwischenmeister und Hausgewerbetreibenden die von ihnen beschäftigten Heimarbeiter so stellen, daß sie keinen Entgeltausfall erleiden. Im Interesse einheitlicher Behandlung soll jeder Heimarbeiter 4 v. H. der im Monat April verdienten Entgelte erhalten. In Betrieben, in denen vor dem Osterfest eine saisonmäßige Belebung des Geschäfts zu besonders hohen Entgelten im April geführt hat, kann ausnahmsweise auf 3 v. H. der im April verdienten Entgelte herabgegangen werden.

Wieder 110 Einbürgerungen in Berlin widerrufen

Berlin, 16. April. Der Polizeipräsident in Berlin gibt im Reichsanzeiger eine neue Liste widerrufener Einbürgerungen bekannt. Die Liste enthält 110 Namen von Personen, die die preußische Staatsangehörigkeit in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 durch Einbürgerung erworben haben. Weitaus die Mehrzahl der neuen Ausbürgerungen betrifft Fälle von Nichtariern. Personen, die in der breiteren Oeffentlichkeit hervorgetreten waren, finden sich auf der neuen Liste nicht vor.

Frankreichs Antrag vor dem Völkerbundsrat

Die Rede Lavals

Genf, 16. April. Nach einer geheimen Sitzung, die nur einige Minuten dauerte, trat der Völkerbundsrat in öffentlicher Sitzung zur **Behandlung des französischen Antrages gegen den deutschen Beschluß zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht** zusammen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Präsident des Rates, der türkische Außenminister Rütschtü Aras, dem französischen Außenminister Laval das Wort zu einer kurzen Erklärung, die die Unterbreitung eines Entschließungsentwurfes im Namen der drei Mächte Frankreich, England und Italien begleitete.

Laval erklärte: „Indem die französische Regierung den Entschluß gefaßt hat, diese Aussprache herbeizuführen, gibt sie ihrem Vertrauen in den Völkerbund Ausdruck. Es ist dies eine Anerkennung der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Autorität der Genfer Institution. **Das deutsche Vorgehen vom 16. März muß verurteilt werden.** Es müssen Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, um in der Zukunft den Völkerbundspakt hinsichtlich der **Organisation der kollektiven Sicherheit wirksamer zu gestalten.**

Der Rat des Völkerbundes wird seine Verantwortlichkeiten übernehmen. Da er mit der Aufrechterhaltung des Friedens betraut ist, wird er heute nicht schweigsam und unbeteiligt sein wollen. Er muß sich seiner Herkunft erinnern und muß die Grundsätze, auf denen er begründet ist, beherzigen. Er muß die Folgen seiner Haltung abmessen; dann wird er seiner Mission gerecht werden.

Die Völker wissen, daß das Vertrauen in die beschworene Treue und in die übernommenen Verpflichtungen nicht nur ein moralisches Prinzip ist, sondern das lebendige Gesetz des Völkerbundes. Ich will hier nicht plädieren. Die Tatsachen sind zu bekannt. Die Denkschrift der französischen Republik zählt sie auf, analysiert sie und wertet sie. Die Ratsmitglieder haben sie beurteilen können. Sie werden sich auch darüber aussprechen.

Frankreich hat durch seine Taten gezeigt, daß es den Frieden will. In London haben wir am 3. Februar zusammen mit der britischen Regierung ein Verhandlungsprogramm ins Auge gefaßt, das uns schnell zu einer haltbaren Organisation der Sicherheit in Europa führen sollte. Unsere Vorkehrungen sind durch das deutsche Vorgehen zunichte gemacht worden. Wer könnte bestreiten, daß die Reichsregierung durch ihre Handlungsweise in der Welt die Enttäuschung und Beunruhigung verursacht hat?

Die Ratsmächte müssen einen Entschluß fassen. Ich bin sicher, daß sie es verstehen werden, ein gewisses Zaudern, falls es bestehen sollte, zu überwinden, um die Regeln des internationalen Lebens achten zu helfen. Wenn sie ihre Pflicht erfüllt haben, werden wir der Zukunft ins Auge sehen.

Wir machen keinen Unterschied zwischen den einzelnen Nationen. Alle Völker müssen auf demselben Boden der Gleichheit behandelt werden. Unsere Politik ist gegen kein Land gerichtet.

Die Sicherheit, die wir verlangen, wollen wir für alle, d. h. daß wir nicht auf unser Friedensideal verzichtet haben und daß wir auch in Zukunft nicht darauf verzichten werden. Dies ist die Sprache Frankreichs. Man wird in der Welt nicht sagen können, daß Frankreich durch den Antrag, den es dem Rat unterbreitet habe, dem notwendigen Werk der Versöhnung zwischen den Völkern geschadet hat wenn es für die Erfordernisse der internationalen Moral nötig ist, über die Vergangenheit zu richten, so darf doch die schwierige, langsame und oft undankbare Arbeit nicht unterbrochen werden, den Frieden zu organisieren.

Ich habe daher die Ehre, bei dem Büro des Rates einen Entschließungsentwurf zu hinterlegen, der die Schlußfolgerung aus der jetzigen Debatte darstellt. Diese Entschließung wird von den drei Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens unterbreitet.

Wortlaut des Entschließungsentwurfes

I.

Der Entschließungsentwurf lautet:

„Der Völkerbundsrat ist der Ansicht,

1. daß die gewissenhafte Einhaltung aller Verpflichtungen aus den Verträgen eine Grundregel des internationalen Lebens und eine Voraussetzung der Aufrechterhaltung des Friedens ist.

2. daß es ein Hauptgrundsatz der Menschenrechte ist, daß keine Macht sich von den Verpflichtungen eines Vertrages loslösen kann, noch daß sie seine Bestimmungen ohne Uebereinstimmung mit den anderen vertragschließenden Parteien ändert,

3. daß die deutsche Einführung des Wehrgesetzes vom 16. März 1935 in Widerspruch mit diesen Grundsätzen steht,

4. daß durch diese einseitige Maßnahme kein Recht entstehen konnte,

5. daß diese einseitige Maßnahme, indem sie ein neues Störungselement in die internationale Lage brachte, notwendigerweise als eine Drohung gegen die europäische Sicherheit erscheinen mußte.

6. In der Erwägung, daß andererseits die britische Regierung und die Regierung Frankreichs, mit Zustimmung der italienischen Regierung, die deutsche Regierung seit dem 3. Februar 1935 mit dem Programm einer allgemeinen Regelung befaßt hatten, mit dem Ziele, durch freie Verhandlungen den Frieden in Europa zu organisieren und zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung im Rahmen der Gleichberechtigung zu gelangen, bei gleichzeitiger Sicherstellung der aktiven Mitarbeit Deutschlands am Völkerbund,

7. daß die einseitige Maßnahme Deutschlands nicht nur unvereinbar mit diesem Plan ist, sondern daß sie auch gerade zu der Zeit kam, als die Verhandlungen tatsächlich im Gange waren, **erklärt der Rat, daß Deutschland gegen die Pflichten, die allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft auferlegt sind, verstoßen hat,** nämlich die eingegangenen Verpflichtungen innezuhalten. Der Rat verurteilt jede einseitige Aufkündigung der internationalen Verpflichtungen.

II.

Der Rat richtet an die Regierungen, die das Programm vom 3. Februar 1935 ins Leben gerufen haben, oder die sich ihm angeschlossen haben die Aufforderung, die Verhandlungen, die sie begonnen haben, fortzusetzen und vor allem im Rahmen des Völkerbundsabkommens die Verträge abzuschließen, die im Einklang mit den Verpflichtungen des Völkerbundspaktes notwendig erscheinen sollten, um das Ziel zu erreichen, das in diesem Programm zur Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens vorgesehen ist.

III.

In Erwägung, daß die einseitige Aufkündigung internationaler Verpflichtungen sogar die Existenz des Völkerbundes in Gefahr bringen kann, also einer Einrichtung, die die Pilicht hat, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern und die allgemeine Sicherheit zu organisieren, beschließt der Völkerbundsrat:

daß eine derartige Aufkündigung, ohne damit die Anwendung der Bestimmungen zu beeinträchtigen, die schon in anderen internationalen Verträgen vorgesehen sind, von seiten der Mitglieder des Völkerbundes und im Rahmen des Völkerbundspaktes alle geeigneten Maßnahmen hervorrufen müßte, sobald es sich um Verpflichtungen handelt, die die Sicherheit der Völker und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa berühren.

Der Rat beauftragt einen Ausschuß, der in folgender Weise zusammengesetzt sein soll (hier ist eine Lücke im Text), zu diesem Zwecke Maßnahmen vorzuschlagen, welche den Völkerbundspakt wirksamer machen sollen hinsichtlich der Organisation der allgemeinen Sicherheit, und der im besonderen wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen genau festlegen soll, die angewendet werden könnten in dem Falle, daß in Zukunft ein Staat, ob er nun Mitglied des Völkerbundes ist oder nicht, den Frieden in Gefahr bringen sollte, indem er einseitig seine internationalen Verpflichtungen aufkündigt."

Die Erklärung Simons

Nach Laval ergriff der englische Außenminister Sir John Simon das Wort. Er begann mit der Feststellung, daß die von Laval vorgelegte Entschließung eine gemeinsame Entschließung der drei Stresa-Mächte sei. Der Grund, der diese Mächte bewogen habe, diese Entschließung gemeinsam vorzulegen, sei aus dem Schluß-Communiqué von Stresa selbst ersichtlich, und zwar aus dem Absatz, in dem die drei Mächte es als ihr Hauptziel bezeichnen, den Frieden aufrechtzuerhalten im Rahmen des Völkerbundes, wobei sie gleichzeitig entschlossen seien, **durch alle brauchbaren Mittel einseitige Aufkündigungen von Verträgen für die Zukunft unmöglich zu machen.** Simon betonte weiter, er wolle besonders darauf aufmerksam machen, daß die **kollektive Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes** das Ziel der drei Mächte sei. Sie seien heute nicht als Vertreter ihrer Regierungen erschienen, sondern als Mitglieder des Völkerbundes und des Völkerbundsrates. Wenn diese Entschließung vom Rat angenommen werde, so werde sie damit zu einer Ratsentschließung.

Simon ging dann auf die drei Schlußabsätze der gemeinsamen Entschließung ein die er noch einmal zusammenfassend wiederholte und deren Sinn er im Einklang mit dem Wortlaut erläuterte. Zum Schluß erklärte Sir John Simon, diese Vorschläge seien wohl begründet. Wenn der Rat ihnen zustimme, so werde er damit zeigen, daß er eins sei in der Aufrechterhaltung des Friedens und in der Herstellung der allgemeinen Sicherheit.

Die Ausführungen Aloisis

Der italienische Kabinettschef Aloisi erklärte, daß in dem gemeinsamen Entschließungsentwurf die Grundlagen festgelegt worden seien, die die Taten der italienischen Regierung auf internationalem Gebiete immer geleitet haben. Die zahlreichen Initiativen, die die faschistische Regierung in den schwierigsten Augenblicken ergriffen habe, seien der Friedenssicherung gewidmet gewesen. Die faschistische Regierung habe ihre Politik immer auf Realitäten, aber auch auf die Interessen aller Nationen gegründet. Sie werde aber, obwohl sie die Notwendigkeit der Verständigung nicht verkenne, sich dem Willen derjenigen widersetzen, die den europäischen Frieden bedrohen. Dieser Wille habe

sich nicht nur in Worten, sondern in Taten ausgedrückt, die immer eine wichtige Hilfe für den Frieden waren. Die italienische Regierung habe seinerzeit, so erklärte Aloisi weiter, die weitestgehenden Vorbehalte geltend gemacht gegen die Entscheidung der deutschen Regierung vom 16. März. Er schließe sich vollinhaltlich den Erklärungen Frankreichs und Großbritanniens an. Die italienische Regierung habe immer der Ansicht Ausdruck verliehen, daß es angezeigt wäre, den Teil 5 des Versailler Vertrages einer Revision zu unterziehen. Sie habe aber dabei immer klar zu verstehen gegeben, daß eine solche Revision auf rechtlichem Wege zustande kommen müsse. Die faschistische Regierung, so schloß Aloisi, sei einer Meinung mit Frankreich und Großbritannien in ihrem Vertrauen in die Politik der internationalen Zusammenarbeit, von deren Geist die Konferenz von Stresa beseelt gewesen sei.

Erklärung des polnischen Außenministers

Der polnische Außenminister Beck erklärte, er halte es für notwendig, sich bei seiner Rede auf das Dokument zu beziehen, das ihm sehr bedeutungsvoll erscheine, nämlich auf die französische Denkschrift vom 9. April. Seiner Ansicht nach habe die französische Regierung darin dem Rat drei verschiedene Probleme unterbreitet:

1. die deutsche Aufrüstung,
2. die Erweiterung der Verpflichtungen, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus dem Völkerbundspakt erwachsen, und
3. die Verstärkung der Sicherheit auf dem Wege von internationalen Abkommen.

Was das erste Problem angehe, so führte Außenminister Beck weiter aus, wolle er daran erinnern, daß seine Regierung sich zu verschiedenen Malen über die Ziele und Methoden der Abrüstungskonferenz ausgesprochen habe, in dem Rahmen, in dem das Problem eigentlich behandelt worden sei. Da die polnische Regierung an den Verhandlungen außerhalb der Konferenz nicht teilgenommen habe, und da sie sich an den damals abgegebenen Erklärungen nicht beteiligt habe, sei es nicht erstaunlich, sagte der polnische Außenminister, daß sie bei der gegenwärtigen Lage **nicht an die Nützlichkeit glaube, irgend welche neuen Bemerkungen in dieser Angelegenheit zu machen.**

Ueber den zweiten Punkt, der sich auf die in der Zukunft anzuwendenden Sanktionen bezieht, wolle er nur einige allgemeinen Bemerkungen machen. Niemand könne bestreiten, daß gewisse **Verpflichtungen des Paktes unglücklicherweise ziemlich häufig nicht durchgeführt worden seien und daß dadurch das Ansehen des Völkerbundes vermindert worden sei. „Glaubt man ernstlich, daß es möglich ist, seine Autorität wieder herzustellen und die Wirksamkeit seiner Aktion zu erhöhen, indem man die Zahl der Artikel und der Paragraphen vermehrt, die neue Verpflichtungen enthalten?"**

Was den dritten Punkt betrifft, nämlich die Bemerkungen der französischen Regierung über Verträge zur Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit, so möchte ich betonen, daß Polen zweifellos zu denjenigen Staaten gehört, die diese hohe Versammlung am wenigsten im Hinblick auf das Sicherheitsproblem beschäftigt haben. Trotzdem ist Polen an der Sicherheit aufs stärkste interessiert. Noch vor zwei Jahren ist der Geisteszustand, in dem sich die politischen Beziehungen zwischen den Staaten Osteuropas entwickelten, wenig befriedigend gewesen. Trotzdem hat man sich damals wenig um die Sicherheit in diesem Teil Europas gekümmert. Um so lieber stelle ich heute fest, daß sich die politischen Beziehungen in dieser Gegend außerordentlich günstig entwickelt haben.

In diesem Zusammenhang erinnerte Beck an die Friedensabmachungen und Nichtangriffsverträge seines Landes, sowie Estlands, Finnlands und Lettlands mit Sowjetrußland, um dann besonders die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen mit Deutschland Ende 1933 und Anfang 1934 darzulegen.

Man könne sich daher nicht wundern, **daß die öffentliche Meinung Polens lebhaft überrascht sei, daß man nun dringend neue Mittel zur Befriedigung Osteuropas verlange in einem Augenblick, wo die Festigung der Beziehungen zwischen Polen und zwei großen Nachbarn in so wirksamer Weise durchgeführt worden sei. Er könne nicht verheimlichen, daß diese Tatsache in der öffentlichen Meinung Polens starken Verdacht erregt habe und daß man sich frage, ob nicht gewisse ins Auge gefaßte Verträge — wenn auch nicht hinsichtlich ihrer Absicht, so doch hinsichtlich ihrer möglichen Wirkungen — den Frieden beeinträchtigen können, der durch eine aufrichtige und loyale politische Anstrengung hergestellt worden sei. Man habe die Sorge, daß neue Abkommen das Nichtangriffssystem an der polnischen Ostgrenze verwässern könnten oder auch die guten nachbarlichen Beziehungen mit den Nachbarn Polens im Westen in Frage stellen könnten.** Die polnische Regierung betrachte diese beiden Tatsachen als besonders wichtig und entscheidend. Aus diesem Grunde könne sie die Prüfung irgend eines neuen Vorschlages nur dann ins Auge fassen, wenn sie die Ueberzeugung gewonnen habe, **daß er keine schwerwiegenden Nachteile im Gefolge habe, weder hinsichtlich der Lebensinteressen Polens, noch hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens in Nordosteuropa.**

Er schloß mit den Worten: Ich habe mich verpflichtet gefühlt, vor dem Rat die Bedenken offen auszusprechen, die sich meiner Regierung bei der gegenwärtigen politischen Lage aufdrängen, denn ich habe die Ueberzeugung, daß das um so mehr meine Pflicht war, als der Völkerbund sich zur Behandlung ungewöhnlich schwerwiegender Fragen in einer außerordentlichen Tagung versammelte.

Der tschechoslowakische **Außenminister Benesch** hob die Notwendigkeit hervor, sich mit den praktischen politischen Auswirkungen des deutschen Schrittes vom 16. März, sowie mit den grundsätzlichen Gesichtspunkten der internationalen Verpflichtungen der Völkerbundsmitglieder auseinanderzusetzen. Bei unparteiischer Betrachtung erkenne man, daß der deutsche Schritt die allgemeine Beunruhigung Europas verstärkt habe. Der tschechoslowakische Außenminister wies sodann auf die Verpflichtungen der Völkerbundsmächte hin. Im Namen seiner Regierung schloß sich Benesch der Erklärung der drei Großmächte an.

Der **Vertreter Spaniens, Madariaga,** ging nicht auf den Inhalt der Dreimächte-Entschließung ein, sondern lenkte die Aufmerksamkeit des Rates auf die verfahrensmäßige Behandlung der Entschließung. Es sei bisher nicht üblich gewesen, daß ein Entschließungsentwurf zum Beginn und nicht zum Abschluß einer Aussprache vorgelegt wurde. **Madariaga bezweifelte, daß der vorliegende Text unverändert angenommen würde.** Er richtete an den Ratspräsidenten die Anfrage, was mit etwaigen Abänderungsvorschlägen der Ratsmitglieder geschehen würde.

Der türkische **Ratspräsident Rüschtü Aras** erwiderte hierauf, daß die weitere Behandlung in der allgemeinen Aussprache erörtert werden könne. Er könne jedoch den Ratsmitgliedern nicht das Recht absprechen, Abänderungsvorschläge einzureichen.

Der **dänische Außenminister Munch** erklärte, daß er mit einigen Punkten der Entschließung völlig einverstanden sei, gegen andere jedoch schwere Zweifel hege. Da es jedoch nicht möglich sei, den vorliegenden Text der Entschließung seiner Regierung zur Kenntnis zu bringen, bat er, seine endgültige Stellungnahme bis morgen aufschieben zu dürfen.

Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch vormittag 10.30 Uhr vertagt.

*

Zurückhaltung mehrerer Ratsmächte

gegenüber der französischen Anklageschrift

Paris, 16. April. Die Genfer Berichte der Pariser Presse geben offen zu, daß die französische Beschwerde über Deutschland in Genf keine große Begeisterung auslöse und vielleicht etwas verwässert werden müsse, um Aussicht auf Annahme zu haben.

Es ist kein Geheimnis, so drahtet der Sonderberichterstatter des „Matin" daß verschiedene Länder nicht davon begeistert sind, einen Tadel für Deutschland auszusprechen. Besonders soll Polen sich dagegen sträuben. Als Sprecher der skandinavischen Länder soll auch der Vertreter Dänemarks, Munch, dagegen sein. Da der Ratsbeschluß einstimmig gefaßt werden müsse, dürfte der in Stresa aufgesetzte Entwurf einige Abänderungen erfahren.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" stellt fest, daß Laval sich sehr anstrengen müsse, die Schüchternen und Zögernden von der guten Sache (?!) zu überzeugen. **Gewisse Länder hätten keine Lust, es mit Deutschland zu verderben.** Sie möchten aus der Entschließung jede Wendung gestrichen sehen, die Deutschland verletzen könnte.

Auch Pertinax hat im „Echo de Paris" seine Eindrücke aus Genf dahin zusammengefaßt, daß vor allem die sogenannten neutralen Staaten sich stark zurückhaltend zeigten. Mussolini, Laval, Macdonald und Simon hätten sich in Stresa noch so vollständig über einen Entschließungsentwurf, der die deutsche Politik verurteile, einigen können, trotzdem sei es nicht sicher, daß ihre „Anregung" — nur um eine solche könne es sich handeln — durchgehe.

Auch die Außenpolitikerin des „Oeuvre" erklärt, die Dänen seien die schärfsten Gegner einer Verurteilung Deutschlands. Sie verbreiteten das „Gerücht" (!), Deutschland sei im Grunde genommen durch die Ereignisse zu seinem Schritt gezwungen worden. Als zweiter spreche sich Polen gegen Frankreichs Forderung aus. Außenminister Beck habe Laval erklärt, Polen würde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, vorausgesetzt, daß die fragliche Verurteilung in keiner Weise auch auf die Kündigung der Minderheitenverträge durch Polen bezug nehme. Sonst würde Polen sogar dagegen stimmen. Laval habe Beck in dieser Hinsicht beruhigt, so daß mit der Stimmenthaltung Polens zu rechnen sei. Die Berichterstatterin des „Oeuvre" gibt übrigens zu, daß im Grunde genommen die Ergebnisse von Stresa viel wichtiger seien als eine mündliche Verurteilung, die im Augenblick keine überragende Bedeutung habe.

*

Opposition der Kleinen Entente

gegen Stresaer Beschlüsse

Paris, 16. April. Die Pariser Presse versucht, die zwischen Laval und den Vertretern der Kleinen Entente und des Balkanbundes in Genf aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten über die Frage einer etwaigen Aufrüstung Oesterreichs und der übrigen vertraglich entwaffneten kleinen Mächte (Ungarn und Bulgarien) als unwesentlich hinzustellen. Es handle sich im Grunde genommen um ein Mißverständnis, das durch die Erklärung Lavals beigelegt worden sei. Die Berichterstatter müssen jedoch zugeben, daß die Erregung in den Kreisen der Kleinen Entente ziemlich groß ist, und Pertinax wirft im „Echo de Paris" Laval vor, in Stresa eine große Unvorsichtigkeit begangen zu haben. Um die Erregung zu beschwichtigen, bemüht man sich in Paris, Laval möglichst zu entlasten. Macdonald und Mussolini hätten sich, schreibt der „Excelsior", in ihrem verdienstlichen Eifer, die Wege für einen künftigen Donaupakt vorzubereiten, mit einer vertraulichen Mitteilung an die in Frage kommenden Regierungen begnügen sollen. Die Stresaer Erklärung würde auf diese Weise zwar einen Paragraphen weniger enthalten haben, aber die Genfer Ratstagung würde ruhiger verlaufen sein. Die unglücklichen Worte „Revision" und „Empfehlung" hätten Befürchtungen der Kleinen Entente ausgelöst. Titulescu soll nach dem Blatt derart aufgebracht gewesen sein, daß er sein Amt als amtierender Vorsitzender der Kleinen Entente und des Balkanbundes niederlegen wollte und nur mit Mühe durch Laval besänftigt werden konnte.

Besonders optimistisch beurteilt die in Genf weilende Außenpolitikerin des „Oeuvre" die Aussichten der französischen Sicherheitspolitik. Die zweiseitigen Beistandsabkommen zwischen der Kleinen Entente und dem Balkanbund und Italien und Oesterreich seien bereits beschlossene Sache und würden in Rom, wenn nicht vorher, unterzeichnet werden können. Auch die Besprechungen Lavals mit Litwinow, Potemkin und Benesch hätten zu dem Beschluß geführt, daß vor Mittwoch abend der Wortlaut der aufeinander abgestimmten zweiseitigen französisch-sowjetrussischen und tschechoslowakisch-sowjetrussischen Vereinbarungen fertiggestellt werden soll. Frankreich habe es vorgezogen, mit Sowjetrußland ein zweiseitiges Abkommen abzuschließen, das aber nicht gegen Deutschland oder Polen gerichtet ausgelegt werden könnte. Die Hoffnungen, endlich auf die Rückkehr Deutschlands nach Genf und die Annahme, daß Polen künftig einer Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei weniger feindlich gegenüberstehen werde, trügen zur optimistischeren Beurteilung der Lage bei.

*

Genfer Kulissenarbeit

Genf, 16. April. Die für Dienstag früh um 11 Uhr angesetzte geheime Sitzung des Völkerbundsrates, die sich mit der französischen Klage über den deutschen Schritt vom 16. März befassen sollte, ist auf nachmittags vertagt worden.

Der Grund für diese Verschiebung ist darin zu suchen, daß man angesichts der bestehenden Gegensätze über die Behandlung dieser Frage in den Vorbesprechungen noch nicht weit genug gediehen ist, um eine Erörterung in offizieller Ratssitzung zweckmäßig erscheinen zu lassen. So scheint nicht einmal die in Aussicht genommene Einsetzung eines Dreier-Ausschusses, dem die Ausarbeitung eines Entschließungsentwurfs obliegen solle, zu erfolgen. Für den Vormittag waren lediglich zahlreiche Einzelbesprechungen unter den verschiedenen Delegationen angesetzt.

*

Die Meinungsverschiedenheiten in Genf

Genf, 16. April. Journal de Nations glaubt zu wissen, daß bei den Verhandlungen im Völkerbund die Frage der Sanktionen für zukünftige Vertragsbrüche große Schwierigkeiten bereite. Während die englischen Delegations-Mitglieder zu finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen bereit sein sollen, würden bekanntlich von dem Vertreter der nordischen Staaten, dem dänischen Außenminister Munch, Bedenken erhoben. Dies entspreche übrigens auch der von den skandinavischen Staaten im Laufe der letzten Jahre eingenommenen Haltung, die verschiedentlich gegen eine Präzisierung des Artikels 16 Einspruch erhoben hätten. Auch die lateinamerikanischen Ratsmitglieder ständen den Sanktionsbesprechungen grundsätzlich ablehnend gegenüber, was beim Chaco-Konflikt erst kürzlich wieder zum Ausdruck gekommen sei. Ebenso wollten die britischen Dominien sich in dieser Richtung nicht binden. Von dieser Seite soll die Anregung gemacht worden sein, eine Lösung im rein europäischen Rahmen zu suchen.

Glocken aus der Tiefe

Roman von K. A. Harth.

Urheber-Rechtsschutz: Mitteldeutsche Roman-Korrespondenz, Leipzig C1

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

„Es ist möglich," sagte er nur. „Wir Menschen sind letzten Endes alle unberechenbar, wenn wir um unser Glück ringen."

Karl Brinkmann sah ihn erstaunt, mit offenem Mund, an. Doch dann polterte er zornmütig:

„Sie sind mir ja ein netter Mitteleuropäer! Da soll also jedereiner dem Nachbarn die Bude anzünden, wenn der ihm nicht gleich seine Tochter an den Hals wirft? Und das nennen Sie nachher um das Glück ringen? Nein, min leiwe Jong! Wenn so 'ne Kirl abgeblitzt ist, und die Deern liebt einen andern, denn so zieht sich ein anständiger Mensch zurück, sage ich!"

Dazu schlug er mit der flachen Hand auf den Tisch, daß sein Glas zitterte.

Zum Glück erschien eben Klaus Grünwald wieder. Sein Eintritt mit heißem Wasser gab dem Gespräch eine andere Richtung.

„Gewiß waren Sie um Fräulein Karin besorgt?" erkundigte sich Rolf.

„Ach ja," nickte der Wirt, „es ist ein Kreuz, sie liegt so still und bleich da, als wenn sie gestorben wäre."

Er schenkte ein, und auch Brinkmann schob ihm sein Glas aufs neue hin.

„Ta — ta, langsam, Gevatter! Meine Frau kommt gleich von Pastors, sie ist ja mit der Deern, der Helga, doll befreundet. Die soll sich denn schon um dat lüttje Ding kümmern."

Klaus Grünwald fuhr sich mit dem Handrücken verstohlen über die Augen. So stämmig er von Figur war, so unbeholfen stand er den Eindrücken gegenüber, die innerlich auf ihn einstürmten.

„Das sollte mich denn ja wohl bannig freuen, Herr Brinkmann. Ihre Frau hat eine glückliche Hand über die Kranken, das wissen die Alten im Dorf alle, und die Frau Pastor sagt es auch. Nicht umsonst hält sie Ihre Frau immer so lange an ihrem Schmerzenslager."

„Frau Pastor Herold ist leidend?"

Rolf fragte es in der Hoffnung, mehr über die Familie seiner heimlich Geliebten zu erfahren.

„Schon viele Jahre. Sie hat einmal einen Schlaganfall erlitten und ist seitdem gelähmt."

„Nun aber genug von Weibergeschichten!" forderte Brinkmann ungeduldig. „Hier," er kramte einen eng beschriebenen Zettel aus der Brieftasche, „das besorgen Sie mir mal vom Krämer drüben. Ich nehm's nachher in den Wagen. Und statt Tran soll er mir nicht wieder Schuhwichse einpacken, sonst rasiert ihn der Klabautermann!"

„Wird alles pünktlich ausgerichtet," beteuerte Grünwald.

Brinkmann wandte sich nun Rolf Hartung zu.

„Inzwischen will ich mich mal en büschen mit dem jungen Mann hier unterhalten. Der Junge is gut, kennt jedereinen auf der Insel und spricht wie ein Advokat. Prost, junger Mann! Der Klabautermann soll leben und Klaas Sörensen daneben!"

Da kam der Wirt von der Tür zurück und legte einen Brief vor Rolf:

„Beinahe hätte ich es vergessen! Diesen Brief gab Klaas Sörensen gestern schon für Sie ab."

Dann ging er, um die Bestellung zu erledigen.

Rasch riß Rolf Hartung den zerknitterten Umschlag ab. Wenige Zeilen nur waren mit ungefüger Hand auf das Papier geschrieben:

„Hein Tedjen schert sich den Deuwel um den Spuk des Inselalten. Die blonde Deern soll sich vor ihm hüten! Reisen Sie ab, ehe ein schreckliches Schicksal Sie ereilt."

Die Unterschrift war unleserlich, konnte aber wohl nichts anderes bedeuten, als Klaas Sörensen.

Während Rolf noch darüber nachdachte, ob der Inselalte ihn belauscht, als er des Morgens zuerst am Meer gewesen und Karin traf, nahm ihm der höchst gespannte Tischgenosse einfach das Blatt aus den Fingern.

Er las es und platzte dann heraus:

„Dunnerlittchen, der geht ran! Aber verdammt vorsichtig ausgedrückt. Vor wem soll sich die blonde Deern hüten? Vor Hein Tedjen, oder dem Inselalten? Und was soll der erste Satz besagen?"

„Leicht erklärlich," erwiderte der junge Mann, immer noch grübelnd. „Ich habe gestern mittag die Tochter Klaus Grünwalds am Strand getroffen und entsinne mich, daß sie mir eine ähnliche Aeußerung Hein Tedjens über den Mann erzählte. Aber ich habe Sörensen nicht in unserer Nähe gesehen."

Mit hochrotem Kopf ereiferete sich der Hofbesitzer:

„Das will ich glauben! Der miserable Spökenkieker schleicht in den Dünen so gut umher, wie um die Katen im Dorf. Immer auf der Lauer, ob er nicht etwas erhorchen kann und es dann den abergläubischen Leuten als Weissagung verkünden. Ich behaupte, er hat den Stein auf Karin geworfen."

Auch Rolf wußte dies jetzt ganz bestimmt. Die Untat war ein Racheakt des Inselalten! Wie jedoch vermochte er anzugeben, daß ihn ein schreckliches Schicksal treffen würde hier auf der Insel.

„Der Brief ist gestern schon für mich abgegeben worden," zog er laut die Schlußfolgerung, „abends aber überraschte mich der Alte erst mit Helga, die ich zudem vorher garnicht kannte. Und Klaas Sörensen warnte mich fast mit den nämlichen Worten."

Brinkmanns Erstaunen wuchs womöglich noch.

„Na, nun schlägts dreizehn! Helga Herold kennen Sie auch? Ja, wie lange sind Sie denn schon auf diesem freundlichen Eiland?"

(Fortsetzung folgt.)